POST AUS BERLIN

Julia Obermeier
Mitglied des Deutschen Bundestages

09. September 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

die parlamentarische Sommerpause ist mit einen erschreckenden Wahlausgang in Mecklenburg-Vorpommern zu Ende gegangen. Das Ergebnis muss konsequent aufgearbeitet werden, gerade auch in unserer Schwesterpartei CDU. Wahlbestimmendes Thema war die Flüchtlingskrise – Bayern und vor allem die CSU-Landesgruppe geben hier einen klaren Kurs vor!

Die erste Sitzungswoche nach der Sommerpause ist traditionell eine Haushaltswoche. Und die gute Nachricht ist: Auch 2017 wird der Bund vorrausichtlich ohne neue Schulden auskommen. Das ist generationengerecht!

Trotz der „schwarzen Null“ werden wir aber auch 2017 die Investitionen deutlich steigern. Besonders die Innere Sicherheit liegt uns dabei am Herzen. Was wir hier bereits umgesetzt haben und was noch folgen wird, erfahren Sie ausführlich in dieser Ausgabe. Auch in den anderen wichtigen Bereichen – Bildung, Forschung, Verteidigung und Infrastruktur – werden wir die Investitionen kräftig steigern.

Für die zahlreichen Glückwünsche zu meinem Geburtstag möchte ich mich ganz herzliche bedanken, ich habe mich sehr darüber gefreut! Trotz der arbeitsreichen Sitzungswoche und der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2017, hatte ich einen schönen Tag.

Ich wünsche Ihnen ein angenehmes spätsommerliches Wochenende!

Herzliche Grüße
Ihre

Neues aus dem Netz

Julia Obermeier fantastisch hier: Deutscher Bundestag.
7. September um 20:01

Vielen herzlichen Dank für die zahlreichen netten Glückwünsche zu meinem heutigen Geburtstag, ich habe mich wahnsinnig darüber gefreut!!
Trotz arbeitsreicher Sitzungswoche und Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2017 hatte ich einen schönen Tag!

Julia Obermeier mit Ilse Aigner hier: Bayerische Vertretung in Berlin.
8. September 2016 um 15:39 · Berlin

Zünftig wars gestern beim Oktoberfestauftakt in der Bayerischen Vertretung in der Bundeshauptstadt. Ein Stück Heimat in Berlin! Besonders gefreut haben mich die Geburtstagsglückwünsche von Staatsministerin Ilse Aigner und Staatsministerin Beate Merk.
Liebe Beate, nochmals vielen Dank für das nette Ständchen!

Mehr Geld für Innere Sicherheit und Bildung

Bundestag debattiert über den Haushaltsplan 2017

Julia Obermeier MdB: ***„Auch im Jahr 2017 können wir wieder einen ausgeglichenen Haushalt realisieren. Dennoch werden wir auch weiter kräftig investieren und dabei – das freut mich besonders – unsere Innere Sicherheit entscheidend weiter verbessern. Auch der Verteidigungshaushalt erhält 2017 2,3 Mrd. mehr. Das ist ein gutes Signal!“***

Der Deutsche Bundestag diskutiert in seiner ersten Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause den Haushaltsplan der Bundesregierung für das Jahr 2017. Die erfreuliche Nachricht: Deutschland steht finanziell hervorragend da und auch im kommenden Jahr wird der **Bundeshaushalt ausgeglichen** sein. Das ist gut für die Menschen und unsere Wirtschaft. Außerdem lässt es Spielräume für besonders wichtige Projekte: So wird für Bereiche wie die Innere Sicherheit oder Bildung mehr Geld zur Verfügung gestellt.

Der Haushalt 2017 umfasst Ausgaben in Höhe von **rund 329 Milliarden Euro**. Das sind **11,8 Mrd. Euro mehr als im aktuellen Haushaltsjahr** 2016. Der Entwurf der Bundesregierung sieht dabei aber **keine Aufnahme neuer Kredite** vor. Vielmehr stehen der Etaterhöhung geplante **Steuermehreinnahmen in Höhe von 13,72 Milliarden Euro** gegenüber.

Mehr Geld für Innere Sicherheit

Im kommenden Jahr wird das Innenministerium rund **8,3 Milliarden Euro** zur Verfügung bekommen. Das sind **537 Millionen Euro mehr** als für das laufende Jahr zur Verfügung stehen. Vom Gesamtetat sind etwa zwei Drittel der Ausgaben für den **Bereich der Sicherheitsbehörden** vorgesehen. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Terrorismus und Kriminalität ist eine zentrale Aufgabe.

Deutschlands Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit stärken

Auch in den Bereichen **Bildung und Forschung** soll im kommenden Jahr mehr investiert werden. So werden **rund 17,6 Milliarden Euro** zur Verfügung stehen. Klar ist, dass wir mit konsequenter Digitalisierung sowohl die individuellen Bildungs- und Berufschancen als auch Deutschlands Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit stärken möchten. Deswegen setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür ein, eine nationale Infrastruktur für Forschungsdaten zu etablieren. Auf diese Weise sollen Daten nachhaltig aufbewahrt, zugänglich gemacht und genutzt werden können.

Verteidigung, Verkehr und Digitale Infrastruktur

Auch die Bereiche Verteidigung und Verkehr/Digitale Infrastruktur werden finanziell gestärkt: Der Etat von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) soll **auf 36,6 Milliarden Euro erhöht werden**. Knapp die Hälfte davon entfallen auf Personalausgaben. Für **militärische Beschaffungen sind 11,1 Milliarden** Euro vorgesehen – **etwa eine Milliarde Euro mehr als in diesem Jahr**.

Minister Alexander Dobrindt (CSU), zuständig für Verkehr und Digitale Infrastruktur, kann mit einem **Etat in Höhe von 26,8 Milliarden Euro** rechnen. Das ist gerade für die zahlreichen Infrastrukturprojekte in München und Bayern ein wichtiges Signal. Wir müssen sowohl die verkehrliche als auch die digitale Infrastruktur weiter zukunftsgerecht ausbauen!

Mehr Sicherheit schaffen – Der Faktencheck

Der Staat trägt die Verantwortung für die Gewährleistung der inneren Sicherheit. Für uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Terrorismus und Kriminalität eine zentrale Aufgabe der Politik. Viel ist schon geschehen, doch weitere Schritte sind nötig. So haben der Bundesinnenminister im August und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf ihrer Klausurtagung Anfang September eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt.

Mehr Personal bei Polizei und Ermittlungsbehörden

Verwirklicht:

- ✓ Bundespolizei, Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz erhalten in dieser Legislaturperiode mehr als 4.600 neue Stellen.
- ✓ Im Zeitraum 2015 bis 2020 werden mehr als zwei Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln für eine bessere Ausstattung bereitgestellt.
- ✓ Die Bundespolizei hat eine neue Anti-Terror-Einheit aufgebaut. Sie soll vor allem in akuten Bedrohungssituationen zum Einsatz kommen.

Geplant:

- ➢ Bei den Sicherheitsbehörden des Bundes müssen darüber hinaus weitere Beamte eingestellt werden. Im Zeitraum von 2016 bis 2020 sollen allein bei der Bundespolizei rund 7.000 neue Stellen geschaffen werden – 3.250 mehr als noch bis vor kurzem geplant.
- ➢ Eine neue Truppe mit bis zu 400 Cyber-Ermittlern soll aufgebaut werden, die sogenannte Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich.

Kampf gegen den islamistischen Terror

Verwirklicht:

- ✓ Reisen in terroristischer Absicht sind jetzt strafbar. Dschihadisten können Reisepass und Personalausweis entzogen werden, um sie an der Ausreise zu hindern.
- ✓ Strafbarkeit der Terrorismusfinanzierung wurde verschärft.
- ✓ Nachrichtendienste dürfen auch künftig Auskünfte bei Luftfahrtunternehmen, Kreditinstituten und Telekommunikationsdiensten einholen.
- ✓ Innereuropäische Finanztransfers zur Terrorismusbekämpfung können künftig leichter überwacht werden.
- ✓ Vermögen, das aus kriminellen Taten stammt, kann künftig leichter eingezogen werden.

Geplant:

- ➢ In einer besonders schweren Terrorlage, bei der die Polizei an ihre Grenzen gerät, soll die Bundeswehr unter Führung der Polizei eingesetzt werden.
- ➢ Die Sympathiewerbung für Terrorismus soll wieder unter Strafe gestellt werden.
- ➢ Islamisten sollen intensiver überwacht, ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden.
- ➢ Der Verfassungsschutz soll künftig auch auf Verbindungsdaten zugreifen und verschlüsselte Kommunikation überwachen können.
- ➢ Deutsche mit einer weiteren Staatsbürgerschaft, die für eine Terrormiliz im Ausland kämpfen, sollen die deutsche Staatsbürgerschaft verlieren.

Kampf gegen organisierte Kriminalität

Verwirklicht:

- ✓ Das Bundeskriminalamt hat die eigens für diese Aufgabe eingerichtete Koordinierungsstelle ausgebaut.
- ✓ Der Tatbestand der Geldwäsche ist verschärft worden. Die Verschleierung der kriminellen Herkunft von Vermögen wird damit deutlich erschwert.
- ✓ Die Koalition hat eine Speicherpflicht für Verbindungsdaten geschaffen, auf die bei besonders schweren Straftaten wie Kinderpornografie, Terrorismus und organisierter Kriminalität zugegriffen werden kann.

Geplant:

- ➢ Ob es sich um einen „einfachen“ oder bandenmäßig begangenen Wohnungseinbruch handelt, ist oftmals am Beginn der Ermittlungen nicht erkennbar. Deshalb sollen „einfache“ Wohnungseinbrüche in den Katalog der Straftaten aufgenommen werden, bei denen eine Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation möglich ist.
- ➢ Die Schleierfahndung soll intensiviert, ausgeweitet werden.
- ➢ Die Anbieter von E-Mail-Diensten und sozialen Medien sollen zur Speicherung der Nutzerdaten verpflichtet werden, die Speicherfristen praxisgerecht erhöht werden.

Schärferes Ausländerrecht

Verwirklicht:

- ✓ Wer hier schwere Straftaten begeht, hat sein Gastrecht verwirkt und muss unser Land verlassen. Daher hat die Koalition nach den Ereignissen in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten das Ausweisungsrecht verschärft.

Geplant:

- ➢ Für Ausländer, die straffällig geworden sind oder von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ausgeht, soll das Aufenthaltsrecht weiter verschärft werden.

Besserer Schutz des Eigentums

Verwirklicht:

- ✓ Mehr Geld für Prävention: 50 Millionen Euro pro Jahr für bauliche Eigensicherung beim Einbruchsschutz.
- ✓ Die Union unterstützt den Einsatz spezieller Software zur besseren Prognose über künftige Einbruchsschwerpunkte.

Geplant:

- ✓ Einbrüche sollen künftig als Verbrechen gelten. Die Mindeststrafe erhöht sich von sechs auf zwölf Monate. Staatsanwaltschaften müssten in jedem Fall Anklage erheben.
- ✓ Umbaumaßnahmen zum Schutz vor Einbruch sollen künftig ab einer Investitionssumme von 500 Euro mit einem zehnprozentigen Zuschuss der KfW gefördert werden. Bislang mussten 2.000 Euro investiert werden.

Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum

Verwirklicht:

- ✓ „Nein heißt nein“: Die Koalition hat Strafbarkeitslücken bei Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexueller Belästigung geschlossen.

Geplant:

- ➢ Intelligente Videotechnik soll vermehrt eingesetzt werden, z.B. in Einkaufszentren. Bis 2019 werden rund 20 Bahnhöfe mit modernster Videotechnik ausgestattet werden.
- ➢ Auch Biometrie soll mehr genutzt werden. So sollen Personen über Gesichtserkennungssysteme genauso zuverlässig identifiziert werden können wie per Fingerabdruck.

Fonds Sexueller Missbrauch – Opfer unterstützen

Julia Obermeier MdB appelliert an die Bundesländer

In einem Brief appellierte Julia Obermeier, MdB, an die **Ministerpräsidenten von 14 Bundesländern**, sich an einem Hilfsfonds für Missbrauchsopfer zu beteiligen.

„Mir ist bewusst, dass es seitens der Länder keine Zahlungsverpflichtung gibt – doch es gibt eine gesamtgesellschaftliche, eine menschliche Verantwortung gegenüber den Opfern“, so die Bischöfliche Beauftragte für Missbrauchsprävention der Katholischen Militärseelsorge.

In den Fonds Sexueller Missbrauch hatten **bisher nur der Bund sowie der Freistaat Bayern und Mecklenburg-Vorpommern eingezahlt**. Nur Hessen hat sich **seit dem Schreiben von Obermeier** ebenfalls am Fonds beteiligt, der Opfern hilft, die im familiären Umfeld missbraucht wurden.

Ministerpräsident Volker Bouffier schreibt in seinem Brief an Obermeier, er sehe im Beitrag seines Landes zum Fonds einen richtigen und notwendigen Schritt. ***„Damit dem Fonds nicht das Geld ausgeht, müssen alle Bundesländer diesen Schritt gehen“***, fordert Obermeier. ***„Der Fonds Sexueller Missbrauch ist ein wichtiges Instrument für die Betroffenen, um die finanziellen Kosten der Missbrauchsfolgen zu stemmen und oft deren letzte Hoffnung.“*** Dass bisher über **5.500 Anträge** eingegangen sind, belege die Bedeutung des Fonds.

Schätzungsweise **eine Million Kinder** in Deutschland sind von sexuellem Missbrauch betroffen. **Sieben bis acht Millionen Opfer** sind heute im Erwachsenenalter. Die überwiegende Zahl der Missbrauchsfälle ereignet sich innerhalb der Familie.

Truppenbesuche müssen gewährleistet werden –

Kritik an der Türkei

Über mehr als zwei Monate schwelte der Streit um das **Besuchsverbot für Bundestagsabgeordnete**, die zu den deutschen Soldaten auf den **Luftwaffenstützpunk Incirlik** reisen wollen. **Das Verhalten der Türkei ist eines NATO-Mitglieds unwürdig!**

Auch wenn die Türkei bezüglich des Besuchsverbotes mittlerweile eingelenkt hat: Bevor die Bundeswehr Geld in die Militärbasis investiert wird, muss auch das **zukünftige Besuchsrecht dauerhaft gesichert sein!**

Rund **250 deutsche Soldatinnen und Soldaten** sind seit Januar 2016 auf dem NATO-Luftwaffenstützpunkt in Incirlik stationiert. Der größte Teil der geplanten **58-Millionen-Investition geht in einen rund 30 Millionen Euro teuren mobilen Gefechtstand**, der jederzeit an einen **anderen Einsatzort verlegt werden kann!**

Truppenbesuche sind für mich als Mitglied des Verteidigungsausschusses und als Parlamentarierin von großer Bedeutung. In den vergangen Jahren war ich unter anderem bei unseren Soldatinnen und Soldaten **in Afghanistan, Mali und im Irak**. Diese Länder sind Kriegs- und Krisengebiete – im Gegensatz zur Türkei.

Die Gute Nachricht

Deutschland profitiert von Globalisierung

Bedingt durch die voranschreitende Globalisierung hat sich das deutsche Bruttoinlandsprodukt **seit dem Jahr 1990 jährlich um durchschnittlich 1.130 EUR pro Kopf erhöht**. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bertelsmann Stiftung, die dazu die Auswirkungen der Globalisierung auf 42 Staaten – darunter sowohl Industrienationen als auch Schwellenländer – untersucht hat. Zwar geht die durch einen Index gemessene Globalisierung seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 flächendeckend zurück, trotzdem erzielt Deutschland zusammen mit weiteren Industrieländern wie Japan, der Schweiz, Finnland und Dänemark immer noch die höchsten globalisierungsbedingten Zuwächse beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf.

Die fortschreitende Globalisierung sorgte dafür, dass das Bruttoinlandsprodukt in der Gesamtheit aller 42 untersuchten Länder **seit 1990 im Schnitt um fast 970 Mrd. EUR pro Jahr gewachsen ist** – dies entspricht in etwa der Wirtschaftsleistung einer mittelgroßen Volkswirtschaft wie Spanien oder Südkorea.

Bayern voranbringen –
und in die Infrastruktur von morgen investieren!

Als Tor zu Welt symbolisiert der **Franz Josef Strauß-Flughafen** die Weltoffenheit Münchens und der Region. Darüber hinaus ist er eine der wichtigsten Grundlagen für den Wohlstand und die Beschäftigung im gesamten Freistaat Bayern. Dies Aspekte müssen auch bei der Entscheidung des Baus der dritten Startbahn im Zentrum stehen.

Arbeitsplätze und Wohlstand im Blick

Bereits heute sichert der Flughafen bayernweit 4,4 Milliarden Euro Wertschöpfung und 67.000 Arbeitsplätze. Der Ausbau des Flughafens und insbesondere der Bau einer dritten Start- und Landebahn würden diese wirtschaftlichen Vorteile nicht nur sichern, sondern auch die heimische Wirtschaft und den Arbeitsmarkt weiter beflügeln.

Infrastrukturpolitik mit Weitblick

Der strategische Ausbau dieser für ganz Bayern bedeutenden Infrastruktur muss von den Gesellschaftern des Flughafens München geleistet werden. Der Freistaat Bayern, der Bund und die Landeshauptstadt München müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und den Flughafen durch die dritte Startbahn zukunftsgerecht weiterentwickeln. Nur so kann er seine Position als internationales Luftverkehrsdrehkreuz und als zweitwichtigster Flughafen in Deutschland behaupten.

Julia Obermeier MdB: ***„Um auch für die nächsten Generationen die Grundlage für eine weiterhin starke bayerische Wirtschaft zu schaffen, muss unsere Infrastruktur dem zukünftigen Bedarf angepasst werden. Aus diesem Grund brauchen wir eine dritte Startbahn für den Münchner Flughafen.“***

Ein Jahr als junger Botschafter in die USA

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten - diese spannende und einzigartige Kombination bietet das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP).

In diesem Jugendaustausch-Programm des Deutschen Bundestages und des Amerikanischen Kongresses konnten seit 1983 bereits fast 25.000 junge Leute gefördert werden, davon 20 Prozent junge Berufstätige. Bewerbungsunterlagen können noch bis zum 16. September 2016 bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit unter www.giz.de/usappp angefordert werden.

Julia Obermeier MdB: ***„Das Programm ist eine großartige Chance für junge Menschen die USA kennenzulernen und wertvolle Kontakte und Freundschaften aufzubauen.“***

Mehr Informationen: http://bit.ly/1thqLn1

Aus der Sommerpause:

Forschen und entdecken

Die Bundestagsabgeordnete **Julia Obermeier** hat zusammen mit der **Kinderbeauftragten** des Bezirksausschusses Aubing-Lochhausen-Langwied, **Christina Stelzer**, den Integrationskindergarten **„Villa Hand in Hand“** in Aubing besucht und gemeinsam mit den Mädchen und Jungen geforscht.

Der Kindergarten beteiligte sich am **„Tag der kleinen Forscher 2016“** der Stiftung **„Haus der kleinen Forscher“** und ging mit Kindern auf Entdeckungsreise in der Welt der Naturwissenschaften, Mathematik und Technik.

„Es ist wichtig, möglichst frühzeitig bei der Bildung in den Bereichen Naturwissenschaften, Mathematik und Technik einzusetzen“, erklärt Obermeier. ***„Das Interesse für MINT-Berufe kann gar nicht früh genug gefördert werden.“***

Interesse und Neugier an Wissenschaft und Technik werden durch unterschiedliche Experimente geweckt. Etwa wurde unter Leitung der Kinderpflegerin Ileana Simion ausprobiert, wie viele Wassertropfen auf eine 2 Euro Münze passen. Oder was passiert wenn man Öl, Wasser, Shampoo, Senf und noch einiges mehr miteinander vermischt. Spielerisch sollen die Kinder so die Gesetzmäßigkeiten der Natur anhand von Experimenten kennenlernen.

Den Bericht des Münchner Wochenanzeiger finden Sie hier: Bericht

Sommergespräch zum Thema. „Wohnen“

Foto: Münchner Wochenanzeiger

Julia Obermeier MdB ist der Einladung zum **Sommergespräch 2016** des Münchner Wochenanzeigers gefolgt. Gemeinsam diskutierte man über die mitunter größte Herausforderung für die Landeshauptstadt München: **Wie schafft man mehr bezahlbaren Wohnraum?**

Foto: Münchner Wochenanzeiger

Julia Obermeier MdB: ***„Nachverdichtung ist dabei ein wichtiger Bestandteil, jedoch nicht um jeden Preis! Wir müssen dabei auch die Infrastruktur und die Parkplatzsituation berücksichtigen. Für mich steht fest, der von Oberbürgermeister Reiter geplante `Turbo-Wohnungsbau´ darf aufgrund von mangelnden Infrastrukturkonzepten nicht zum Verkehrskollaps führen.“***

Den Bericht zum Sommergespräch 2016 des Münchner Wochenanzeigers finden Sie hier: Bericht

Gerne bin ich für Sie da!

Bürgerbüro Julia Obermeier MdB
Ranertstraße 8
81249 München

Bitte vereinbaren Sie einen Termin:
Tel: 089/ 893 990 99
Fax: 089/ 893 991 00
julia.obermeier.wk@bundestag.de

Hier erreichen Sie mich

Meine Website:
www.julia-obermeier.de

Folgen Sie mir auf Twitter:
@Julia_Obermeier

Auf Facebook:
Julia Obermeier

Auf Instagram:
obermeierjulia

Schreiben Sie mir eine E-Mail:
julia.obermeier@bundestag.de

PS: Sie können den Erhalt des Newsletters „Post aus Berlin“ jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen, per E-Mail julia.obermeier@bundestag.de, telefonisch Tel.: 030/227 77188, per Fax: 030/227 70189 oder postalisch an: Julia Obermeier MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin